

2461 068

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 218/69

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Dr. med. Anna E. H [REDACTED] geb. [REDACTED],

[REDACTED] E [REDACTED] L [REDACTED], S [REDACTED], W [REDACTED], U.S.A.,

- Prozeßbevollmächtigter:

Klägerin und Beschwerdeführerin,

Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land H e s s e n ,

vertreten durch den Hessischen Sozialminister in Wiesbaden,
Luisenstraße 7,

Beklagten und Beschwerdegegner

Das Verfahren ist gebühren- und auslagenfrei. Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsmittels trägt die Klägerin.

G R U N D

Die Entscheidung des Berufungsgerichts entspricht der Rechtslage und wirft keine ungeklärte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung auf. Entgegen der Meinung der Beschwerdeführerin ist nicht über das Verhältnis zwischen § 234 Abs. 1 BEG und § 189 a BEG zu entscheiden. Nach dem auftretenden Ausfallungen des Berufungsgerichts regelt § 234 BEG die Überleitung des Landesrechts zum BEG, während für den Übergang des BEG zum BEG die Überleitungsvorschriften des Art. III des 3. IndG vom 29. Juni 1956 maßgebend sind. Nach der Auffassung des Berufungsgerichts hätte die Klägerin den am 4. Juni 1956 zugestellten Bescheid vom 26. Mai 1956 nach Verkündung des 3. IndG mit der Klage anfechten können und müssen. Gegen diese

Auffassung könnte sprechen, daß durch den Bescheid der von der Klägerin geltend gemachte Anspruch, soweit er die Entschädigung für Schaden an Vermögen betraf, in der vollen, im BEG vorgesehenen Höhe befriedigt worden ist (vgl. BGH Rsw 1964, 41 Nr. 27). Die Frage kann jedoch offenbleiben, war der Bescheid zur Zeit der Verkündung des Änderungsgesetzes bereits unanfechtbar, dann müßte die Klägerin gemäß Art. III Nr. 9 Abs. 1 des 3. ÄndG innerhalb der Frist des § 189 Abs. 1 BEG einen Neuantrag stellen (BGH Rsw 1959, 571 Nr. 46). Die Klägerin hat weder innerhalb dieser Frist einen neuen Antrag gestellt noch den Bescheid innerhalb der Klagefrist angefochten. Sie hat somit beide etwa in Betracht kommenden Fristen veräußt. Eine Nachmeldung nach § 189 a BEG scheidet aus. Ein bereits geregelter Einselanspruch kann nicht nachträglich gemäß § 189 a Abs. 1 BEG wieder angemeldet werden (BGH Rsw 1969, 351 Nr. 32). Die Klägerin hat in der früheren Anmeldung die in Betracht kommende Schadensart bezeichnet und den Schadensvorgang vollständig geschildert. Bei einer solchen Sachlage ist für eine Nachmeldung kein Raum. § 189 a Abs. 1 BEG dient nach seinem klaren Wortlaut nicht der Geltendmachung eines bereits angemeldeten, durch die neue Rechtslage aber verbesserten Anspruchs. Die Zulässigkeit einer solchen Neuanmeldung richtet sich nach Art. III Nr. 2 BEG-Schluss. Die Voraussetzungen dieser Vorschrift sind hier jedoch nicht gegeben, weil insoweit das BEG-Schluss keine Anderrung der materiellen Rechtslage gebracht hat.

- 4 -

Da auch sonst keiner der Zulassungsgründe des § 219 Abs. 2 ZPO vorliegt, wird die sofortige Beschwerde der Klägerin mit der Kostenfolge aus § 97 Abs. 1 ZPO, § 225 Abs. 1 ZPO zurückgewiesen.

Hai

Graf